

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Roth MdB verurteilt Stoltenbergs Agieren auf dem Wirtschaftsgipfel in Washington: Finanzminister ignoriert Erfordernisse.

Seite 1

Horst Seefeld MdEP weist das Münchner Verlangen nach Einführung einer Autobahngebühr für Ausländer zurück: Fremdenfeindlichkeit der bayerischen Staatsregierung.

Seite 3

Volkmar Gabert erinnert an Waldemar von Knoeringen, der am 6. Oktober 80 Jahre geworden wäre: Die Menschen durch Bildung mündig machen.

Seite 4

Peter Conradi MdB beklagt, daß im Deutschen Bundestag die Technik von morgen eingeführt wird, obwohl man noch nicht einmal über die von gestern verfügt: Stoßseufzer...

Seite 6

41. Jahrgang / 188

2. Oktober 1986

Stoltenbergs Desaster in Washington

Zum Agieren des Finanzministers bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der SPD-Fraktion im Bundestag

„Stoltenberg siegte.“ So überschrieb die „Bild“-Zeitung am 29. September einen Artikel über den Wirtschaftsgipfel in Washington. Dort hieß es weiter: „Das Kriegsbeil ist begraben, sagte Finanzminister Stoltenberg (58, CDU) mit verhaltenem Triumph in Washington.“

Daß der Währungskrieg zwischen den USA und der Bundesrepublik beendet ist, davon kann überhaupt keine Rede sein. Stoltenberg hat am Wochenende in verschiedenen Interviews die Unwahrheit gesagt. Nach wie vor fordern die Amerikaner die Bundesregierung auf, einen stärkeren Beitrag zu leisten, um einer sich anbahnenden Rezession in der Weltwirtschaft zu begegnen. Da die japanische Regierung bereit ist, Maßnahmen zur Stimulierung der Binnennachfrage einzuleiten, sieht sich die Bundesregierung heute allein auf der Anklagebank. Dabei sind es nicht nur die Amerikaner, die Bundesregierung und Bundesbank kritisieren. Auch europäische Länder drängen, die Weltbank drängt und insbesondere die hochverschuldeten Entwicklungsländer haben hohe Erwartungen an Bonn. Die Vogel-Strauß-Politik von Herrn Stoltenberg ist in Washington gescheitert.

Herr Stoltenberg hat vor der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank erneut die Forderungen der US-Administration nach mehr Wachstumsanstrengungen in der Bundesrepublik abgelehnt und hervorgehoben, jedes Land müsse die Möglichkeit haben, sich „frei von äußerer Einmischung im Einklang mit seinen Traditionen und seinen Wertvorstellungen zu entwickeln“.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos umgelegt
aus wertvoller Rohstoffe
Recycling-Paper



Herr Stoltenberg hat mit dieser Betonung des Rechtes auf eine souveräne nationale Politik den „starken Mann“ gespielt. Gleichzeitig hat er aber so deutlich wie noch nie offenbart, daß ihm ein Denken in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen fremd ist.

Die Welt ist heute wirtschaftlich und finanziell verflochtener denn je. Die Möglichkeit, daß jedes Land souverän das macht, was es will, ist dadurch begrenzt. Selbst die USA haben die Grenzen souveränen Handelns zu spüren bekommen: der Reagan-Aufschwung wurde durch eine gewaltige Importflut abgewürgt. Die USA stehen am Rande einer Rezession.

Seit Jahren werden auf den Weltwirtschaftsgipfeln Kommuniqués verabschiedet, in denen mehr internationaler wirtschaftspolitischer Kooperation das Wort geredet wird, um dadurch stabilere Wechselkursentwicklungen zu verhindern. Internationale Kooperation bedeutet zwangsläufig einen teilweisen Verzicht auf nationale Souveränität, im Interesse des weltwirtschaftlichen Ganzen. Wenn Herr Stoltenberg jetzt das Recht auf souveräne Politik betont, dann muß man bezweifeln, daß er begriffen hat, warum in den Gipfel-Kommuniqués internationale Kooperation überhaupt gefordert wurde.

Herr Stoltenberg hat die amerikanischen Forderungen nach mehr Wachstums- und Beschäftigungsanstrengungen in der Bundesrepublik abgelehnt mit dem Hinweis, unsere Binnenkonjunktur sei sehr kräftig, die deutschen Exporte expandierten und stützten die Weltwirtschaft. Dies trifft im Moment zu. Der Ölpreisverfall wirkt wie ein vom Ausland finanziertes Steuerentlastungsprogramm von rund 25 Milliarden DM; die DM-Aufwertung hat die Inflationsrate auf Null gedrückt und damit die Kaufkraft der diesjährigen Lohnerhöhungen weiter erhöht. Aber diese unerwarteten Konjunkturstützen, denen wir in diesem Jahr mehr als die Hälfte unseres Wachstums von 2,5 bis drei Prozent verdanken, werden im Laufe des nächsten Jahres nicht mehr tragen. Die US-Administration hat deshalb völlig Recht, wenn sie Herrn Stoltenberg vorhält: „Der Trend bis Ende 1987 zeigt, daß die Deutschen mit sinkenden Wachstumsraten rechnen müssen, falls sie sich nicht entschließen sollten, irgendetwas zu unternehmen.“

Worauf es entscheidend ankommt ist, daß die wirtschaftliche Expansion in Europa und Japan nicht nur in diesem Jahr, sondern über eine Reihe von Jahren hinweg stärker verläuft als in den USA. Der amerikanische Finanzminister hat in Washington unmißverständlich deutlich gemacht: „Der einzige Weg, um die Ungleichgewichte unter den Ländern zu beseitigen, ist ein größeres Wachstum außerhalb der USA, eine größere Konkurrenzfähigkeit des Dollars - oder beides.“ Finanzminister Baker hat völlig Recht.

Wenn Herr Stoltenberg weiterhin souverän darauf besteht, auf Wachstumsanstrengungen zu verzichten, dann wird der Dollar noch tiefer fallen müssen. Der Preis für Herrn Stoltenbergs Pochen auf nationale Souveränität ist dann eine Rezession.

(-/2.10.1986/rs/ks)



Fremdenfeindlichkeit der bayerischen Staatsregierung

München verlangt von Bonn die Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr für Ausländer

Von Horst Seefeld MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Im Wahlkampf geht die bayerische Staatsregierung mit immer neuen Variationen der Fremdenfeindlichkeit auf Stimmenfang für die CSU: Jetzt sind es, nach dem das Asylthema peinlich ausgelutscht wurde, die Autobahngebühren.

Die bayerische Staatsregierung hat von der Bundesregierung verlangt, Autobahnbenutzungsgebühren für Ausländer in der Bundesrepublik einzuführen. Deutschen Autofahrern dürften dadurch jedoch - nach Ansicht der Staatskanzlei in München - keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen.

Man kann's kaum glauben: Bayerische Unions-Politiker kennen noch immer nicht die Römischen Verträge, die die Grundlage unserer Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Europäischen Gemeinschaft sind: Danach dürfen Bürger aus EG-Ländern nicht diskriminiert werden.

Nach den Vorstellungen aus München würde dies jedoch eintreten, denn Bundesdeutsche sollen hierzulande Freifahrt haben, andere sollen blechen. In Bayern weiß man offensichtlich wohl auch noch nicht, daß Franzosen in Frankreich, Spanier in Spanien und Italiener in Italien genau so Autobahngebühren zahlen, wie deutsche Autobahnbenutzer dies leider in diesen Ländern tun müssen.

Was wir im Europäischen Parlament wollen - und dies auch bislang in voller Übereinstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen aus CDU und CSU - ist dies: Völlige Abschaffung der Autobahngebühren in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Deshalb ist es unsinnig, in der Bundesrepublik die Einführung solcher Straßenbenutzungsgebühren zu verlangen. Wie haben doch gerade Christdemokraten in Deutschland früher getönt? Freie Fahrt für freie Bürger!

(-/2.10.1986/rs/ks)



Die Menschen durch Bildung mündig machen

Zur Erinnerung an Waldemar von Knoeringen, der am 6. Oktober 80 Jahre geworden wäre

Von Volkmar Gabert
Vorsitzender der Georg von Vollmar-Akademie

Waldemar von Knoeringen, eine der markantesten Persönlichkeiten der politischen Nachkriegszeit Bayerns, wäre am 6. Oktober 1986 80 Jahre alt geworden. Allzu früh hat ihn der Tod am 2. Juli 1971 aus unseren Reihen gerissen. Wie kein anderer Politiker war Waldemar von Knoeringen der Menschlichkeit verbunden. Sein politisches Wirken stand unter dem Motto: Mehr Gerechtigkeit für den Menschen zu schaffen, den Menschen durch Bildung mündig zu machen und die Grundsätze des demokratischen Sozialismus als Gesellschaftsform zu verankern.

Waldemar von Knoeringen wurde am 6. Oktober 1906 auf Gutshof Rechetsberg, Kreis Weilheim, als Sproß eines alten alemannischen Adelsgeschlechts geboren. Später übersiedelte seine Familie nach Rosenheim.

Erst unmittelbar nach dem Tod seines konservativ eingestellten Vaters, wurde Waldemar von Knoeringen im Oktober 1926 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Seinem darüber verwunderten Großvater schrieb er zur Rechtfertigung seines Schrittes: „Nicht das Geblüt, sondern das Gemüt adle den Menschen. Der Befreiungskampf der Arbeiterschaft ist der größte und schönste Befreiungskampf, den die Weltgeschichte zu verzeichnen hat.“ Und vorausschauend schrieb der 20jährige Knoeringen: „Eine Diktatur dieses Hitlers wäre eine namenlose Schande, wäre die Vernichtung der Freiheit, der deutschen Wissenschaft und des Geistes, wäre wie Triumph der Barbarei.“

In den Reihen der Sozialistischen Arbeiterjugend München stand Waldemar von Knoeringen bereits in der Auseinandersetzung mit dem Nationalismus. Mit Unmenschen und Diktatoren gab es für ihn in der politischen Auseinandersetzung keine Kompromisse. Nach der Machtergreifung durch die Nazis mußte er wie Tausende seiner Kampfgenossen die Heimat verlassen. Gegen Knoeringen erließen die Nazis einen Haftbefehl. Für ihn ging der Kampf gegen die Unmenschlichkeit in der Illegalität weiter. Er flüchtete nach Österreich, in die Tschechoslowakei, ging schließlich nach Frankreich und dann nach England. Knoeringen blieb mit den sozialdemokratischen Widerstandsgruppen in Bayern in enger Verbindung.

Im Jahre 1946 kehrte Waldemar von Knoeringen nach Bayern zurück und schaltete sich wieder aktiv in die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie ein. Er wurde in die verfassungsgebende Landesversammlung gewählt. Dem Bayerischen Landtag gehörte er bis 1970 an. Auf dem Landesparteitag in Landshut, im Jahre 1947, wurde Knoeringen als Nachfolger von Wilhelm Hoegner zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt. Dieses Amt behielt er 16 Jahre. Von 1947 bis 1966 gehörte Knoeringen dem Parteivorstand der SPD an. Von 1958 bis 1962 war er stellvertretender Bundesvorsitzender. Mitglied des Bundestages war er von 1949 bis 1951. Parteivorsitzender Willy Brandt berief ihn vor den Bundestagswahlen im Jahre 1966 in seine Regierungsmannschaft. Knoeringen war Vorsitzender des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD. Im Landesverband Bayern leitete er das kulturpolitische Referat und war bis 1969 Mitglied des Landesvorstandes. Bis zu seinem Tode leitete er als Direktor die Georg von Vollmar-Akademie.

Knoeringen widmete sich vorwiegend der politischen Bildung, weil er erkannt hatte, daß eine Demokratie nur mit mündigen Bürgern funktionieren werde. Die heutige Georg von Vollmar-Akademie war ebenso sein Werk wie die Politische Akademie in Tutzing.



Waldemar von Knoeringen stand bald im Mittelpunkt der bayerischen Nachkriegs-Landespolitik. Mit Bayern und der bayerischen Sozialdemokratie fühlte er sich immer auf das engste verbunden. Hier kannte er die Menschen, in den Bergen fühlte er sich wohl und hier war auch seine politische Heimat.

Unter dem Vorsitz von Waldemar von Knoeringen schuf sich die SPD in allen gesellschaftlichen Schichten Achtung und Anerkennung. Nach wie vor sah er das Primat der Bildungspolitik und damit die Notwendigkeit der Reform des gesamten Schulwesens. Er eilte seiner Zeit oft voraus, er erkannte Probleme Jahre früher als andere.

Waldemar von Knoeringen war ein überzeugter Föderalist. Er ging davon aus, daß der Föderalismus, der in Bayern eine starke Verankerung hat, einmal Ordnungsfaktor einer europäischen Entwicklung werden würde. Immer versuchte er die Bürger aufzurütteln, sie zur Mitarbeit zu bringen. Er suchte die Diskussion mit der jungen Generation, von der er mehr Verständnis für die Zukunftsprobleme erwartete. Waldemar von Knoeringen hat es auch erreicht, die freie und offene Diskussion mit den Kirchengemeinschaften zu führen. Seine Gespräche haben eine geschichtliche Bedeutung.

Waldemar von Knoeringen hat maßgeblich die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie mitgeprägt. Seine Arbeit gab mit den Anstoß für die neue Analyse der Gesellschaftsordnung und für die Fixierung der daraus notwendigen politischen Zielsetzung im Godesberger Programm.

Die acht Jahre, in denen er die sozialdemokratische Landtagsfraktion geführt hat, waren acht Jahre ständiger Initiativen. Seinem Geschick war auch die Möglichkeit der Vierer-Koalition zu verdanken. Damit wurde die Sozialdemokratische Partei zur führenden Regierungspartei.

In den letzten Jahren seines Lebens kehrte er zurück zum Ausgangspunkt seines Wirkens - in die Bildungspolitik und im besonderen in die Erwachsenenbildung. Als Direktor und Vorsitzender der Georg von Vollmar-Akademie konnte er sich diesen Aufgaben voll widmen. Die Georg von Vollmar-Akademie und die bayerischen Sozialdemokraten können heute Waldemar von Knoeringen an seinem 80. Geburtstag nur noch einmal tiefen Dank sagen für all die Impulse, die er gegeben hat. Sein Vermächtnis muß zu einer ständigen Aufgabe werden. Alle Demokraten müssen versuchen, die von ihm gesteckten Ziele Schritt für Schritt zu verwirklichen.

Waldemar von Knoeringen, der „rote Baron“, wird immer Vorbild bleiben.

(-/2.10.1986/rs/ks)

* * *



Stoßseufzer...

...über die technische Ausstattung des Bundestages

Von Peter Conradi MdB

Der Bundestag geht mit der Zeit und wird modern: Die Abgeordneten bekommen Anrufbeantworter, neue Schreibmaschinen, Telefax-Geräte, Farbfernseher mit Videoteil. Nächstens läuft ein Versuch an, bei dem 50 Abgeordnetenbüros mit Computern ausgestattet werden.

Das alles soll hier nicht kritisiert werden, obwohl man am Sinn einzelner Anschaffungen durchaus zweifeln mag. Schwererwiegend ist, was es im Bundestag nicht gibt:

Eine Anlage für Textverarbeitung im Abgeordnetensekretariat. Wenn eine Rede, ein Flugblatt, ein Aufsatz mehrmals überarbeitet werden muß, dann schreibt eine Dame im Abgeordnetensekretariat jedesmal den ganzen Text von vorne; obwohl Redetexte, Aufsätze und andere Texte das tägliche Brot des Abgeordneten sind, gibt es keine Anlage zur Textverarbeitung, geschweige denn eine Anlage, mit der man die Texte reproduktionsfähig zum Druck vorbereiten kann.

Jeder Abgeordnete hat immer wieder Massenbriefe oder Massendrucksachen zu verschicken. Das gilt vor allem jetzt im Wahlkampf. Trotzdem gibt es für Abgeordnete weder eine Anlage, mit der man Briefbögen oder Drucksachen automatisch falten kann, noch eine Anlage, mit der man Massensendungen automatisch kuvertieren kann. Auch ein Frankierautomat, mit dem größere Sendungen frankiert werden können, gilt im Bundestag noch als unerreichbarer Luxus. So wird jede Briefmarke einzeln angeleckt und aufgepappt.

Ich habe ja nichts dagegen, daß mit den Computern die Technik von morgen in den Bundestag einzieht, aber wäre es nicht sinnvoller, zuerst einmal die Technik von gestern in den Dienst des Parlaments zu stellen und den Abgeordneten und ihren Mitarbeitern/innen so das Leben ein wenig zu erleichtern?

(-/2.10.1986/va/rs)

* * *

